

Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN

Heinz Dehnert
Denkmalstr. 77
53783 Eitorf

Renate Deitenbach
Dammweg 13
53783 Eitorf

An
Herrn Bürgermeister Dr. Storch
Rathaus
Markt 1
53783 Eitorf

Eitorf, den 01.10.2006

GEMEINDE EITORF				
Eingang				
29.09.06		14-15		
10	/	/	/	/

Betr.: Antrag zur Verbesserung der Jugendhilfesituation in Eitorf

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Storch,

der Bericht des JHZ Leiters Frank Römer im JASA vom 15.09.2006 zeigte alarmierende Verhältnisse für die Lebenssituation vieler Jugendlicher in Eitorf ebenso wie für die finanzielle Situation der Jugendhilfe im JHZ Eitorf/Windeck. Mit der Thematik war am 26.09.2006 ebenfalls der Jugendhilfeausschuss des Rhein-Sieg-Kreises befasst. Im JHA bestand Konsens, dass neben einer grundlegenden Verbesserung der strukturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an der oberen Sieg den besorgniserregenden Entwicklungen am ehesten durch präventive Projekte begegnet werden kann. Neben der offenen Jugendarbeit in Ot's wurde insbesondere die Relevanz der aufsuchenden Jugendarbeit thematisiert und Kontinuität als unverzichtbare Grundlage für ergebnisorientierte Arbeit gefordert.

Konsens bestand im Ausschuss darüber, dass zur präventiven Arbeit weitere niedrigschwellige Angebote von Nöten sind in Form von Anlaufstellen zur Beratung ohne „Behördencharakter“. Gemeint sind Angebote im Sinne von Stadtteilbüros oder Familienzentren, die z.B. Müttercafés, Hausaufgabenhilfe, Konfliktlösung u. ähnl. bieten und mit anderen Stellen wie z.B. Schulen, Vereinen, Einrichtungen der Jugendhilfe, Sozialamt oder ARGE vernetzt sind.

Im Ergebnis der Beratung beauftragte der Kreisjugendhilfeausschuss die Verwaltung sowohl mit der Prüfung finanzieller Ressourcen der laufenden Haushalts für Direktmaßnahmen, mit der Bemühung um zusätzliche Landesunterstützung sowie mit der gemeinsamen Lösungssuche mit den zuständigen Stellen vor Ort.

Vor diesem Hintergrund beantragen wir :

1. Die Fraktionen werden frühzeitig in die Lösungssuche eingebunden und beraten Vorschläge, die in einen Maßnahmenkatalog auf Kreisebene einfließen sollen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, beim Kreis die Verlängerung der bisher auf 3 Jahre befristeten Streetworkerstelle zu beantragen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Frühjahr als Grundlage eines gemeindlichen Jugendförderplans vorgelegte IST-Analyse der offenen Jugendarbeit um die Belange der Jugendhilfe zu erweitern, Entwicklungsziele zu definieren und deren Umsetzung auf Basis des Kreis- und Landesjugendförderplanes zu planen. Für notwendige Eigenmittel ist ein Finanzierungsplan zu erstellen sowie deren Aufstockung durch freie Träger, Sponsoren, Stiftungen oder (meist themenbezogene) Projektförderungen zu eruieren.
4. Die Verwaltung nimmt erneut mit den Tagesseinrichtungen für Kinder Kontakt auf mit dem Ziel, einen Träger für den Ausbau der Einrichtung zum Familienzentrum zu gewinnen.
5. Sollten die Bemühungen zu Punkt 4 erneut scheitern, wird die Verwaltung beauftragt, beim Kreis die Einplanung von Mitteln für die Bereitstellung anderweitiger niedrigschwelliger Angebote im Sinne des Vorspannes zu beantragen.

Begründung :

Die Jugendhilfe ist zwar eine Pflichtaufgabe des Kreises, dennoch muss es im Interesse der Gemeinde liegen, sich sowohl inhaltlich wie auch finanziell für Rahmenbedingung einzusetzen, die allen Kindern Zukunftschancen bieten und gleichzeitig den sozialen Frieden sichern. Präventive Arbeit darf keiner Kosten/Nutzen Rechnung unterzogen werden, aber erwiesenermaßen lassen sich mit den einsparbaren Kosten nur einer Haimunterbringung viele präventive Maßnahmen finanzieren. Darüber hinaus muss vor dem Hintergrund der sich reduzierenden Solidargemeinschaft des Kreisjugendamtes frühzeitig eine Weichenstellung für die Bereitstellung von Eigenmitteln für besondern Bedarf erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Heinz Dehnert
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN



Renate Deitenbach
SKB Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN